

BLICK ZURÜCK

# Wie Blocher den Rauswurf aus der SBG provozierte

Der Kampf um den EWR-Beitritt wird 1992 mit grosser Härte geführt – ein Showdown unter Wirtschaftsbossen wirft speziell hohe Wellen

ERICH ASCHWANDEN

Im Spätherbst 1992 befindet sich die Schweiz im politischen Ausnahmezustand. Auf den 6. Dezember ist die «Abstimmung des Jahrhunderts» angesetzt, wie sie die Medien nennen. Die Schicksalsfrage lautet: Soll die Schweiz dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) beitreten? Vor allem bei den EWR-Befürwortern ist die Nervosität gross. Die letzten Umfragen zeigen nämlich, dass die Vorlage an der Urne wohl Schiffbruch erleiden wird.

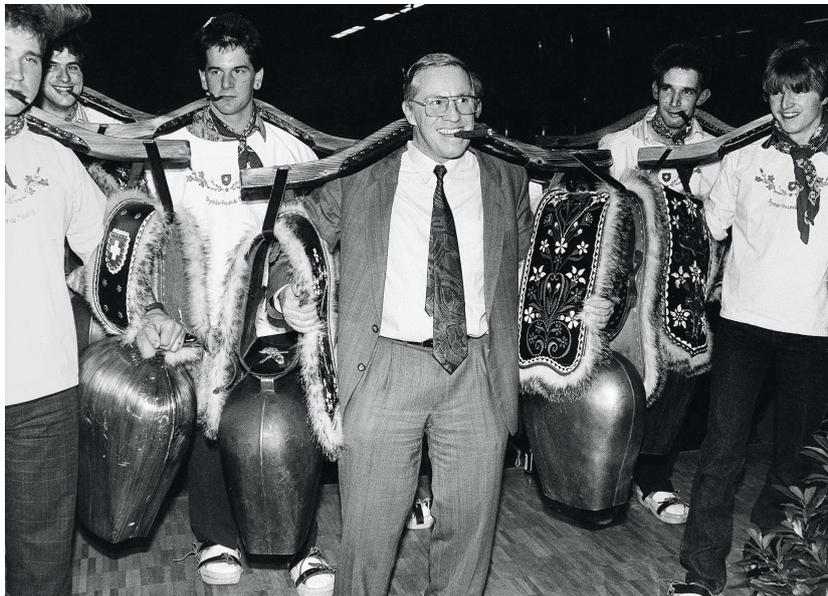
## «Satan in Freiburg»

Bankiers, Industrielle und Spitzenmanager befürchten, dass die Schweiz bei einem Nein zu Europa wirtschaftlich ins Hintertreffen geraten wird. In der Stunde der Not geben die Wirtschaftskapitäne die bis anhin geübte vornehme Zurückhaltung im Abstimmungskampf auf und wagen sich endlich in die verrauchten Säle, wo die Gegner die Luft-heit haben. Bürgerliche Politiker und Wirtschaftsführer nehmen jenen Mann ins Visier, der ihnen die schlechten Umfrageergebnisse eingebracht hat: Christoph Blocher. Der Zürcher SVP-Nationalrat und Präsident der Aktion für eine neutrale und unabhängige Schweiz (Auns) verfügt über eine besondere Glaubwürdigkeit im Kampf gegen den EWR, weil er als Chef der Ems-Chemie selber Unternehmer ist.

Die Inhalte der millionenschweren Inserate- und Plakateschlacht sind teilweise unfein. So lässt der Verband der Schweizer Maschinenindustriellen ganzseitige Zeitungsinserate drucken, die Blocher als Führer zeigen, der seine Mitkämpfer in den Abgrund treibt. In Freiburg ruft eine ehemalige CVP-Regierungsrätin zu einem Aufmarsch gegen Blocher auf. Titel des Flugblatts: «Satan à Fribourg!» Doch die Schlammschlacht scheint nichts zu nutzen. Es ist wie bei der Geschichte vom Hasen und vom Igel: Wo immer die Herren Generaldirektoren und Konzernchefs auftauchen, Blocher ist schon da und hat die Stimmbürger mit seinen kernigen Reden überzeugt. Da reift bei einem der Wirtschaftsbesitzer ein Plan, den «Volkstribun» auf seinem ureigenen Terrain herauszufordern.

## Missglückte Entzauberung

Robert Studer, der Chef der grössten Bank des Landes, will Blocher entlarven und aufzeigen, dass achtzig Prozent seiner Argumente gegen den EWR-Beitritt falsch sind. Als Ort des Showdowns



Auch eine Gelegenheit, um Stimmung gegen den EWR zu machen: Blocher an einem Treichel-Umzug im November 1992. KEYSTONE

wähler der Konzernleiter der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG) eine einfache Mehrzweckhalle in Winterthur Seen. Dort hat die lokale SVP am 23. November 1992 zu einem Anlass geladen, bei dem Blocher als Alleinunterhalter vorgesehen ist. Studer schleicht sich als ungebetener Gast ein und lässt sich von einem Kamerateam der Fernsehsehung «10 vor 10» begleiten.

Der Topmanager mischt sich unter die Zuhörer im propagnen Saal und wartet ab, bis Blocher seine Tirade gegen die europäischen Vögte beendet hat. Schön brav reht sich der Banker anschliessend unter die Leute ein, die «Doktor Blocher» eine Frage stellen möchten. Als er schliesslich das Mikrofon in die Hand bekommt, macht Studer einen kapitalen Fehler: Er stellt nicht einfach eine Frage, sondern hält ein Plädoyer für eine Annäherung der Schweiz an Europa. Der Auftritt wird zum Debakel. Christoph Blocher erkennt seine Chance und schiesst scharf zurück. Er habe keineswegs Angst, sich direkt mit seinen Gegnern zu messen, doch das sei heute

Abend schlicht nicht vorgesehen, kanzelt er den SBG-Chef ab. Niedergeschrien und ausgebuht vom Publikum, muss sich Studer schliesslich zurückziehen. Gegenüber dem Kamerateam von «10 vor 10» stellt er fassungslos fest: «Das ist Aufhetzeri des Volkes.»

Unmittelbar nach der Ausstrahlung des TV-Beitrags ist klar, dass dieser Eklat Folgen haben wird. Die SBG ist nämlich nicht irgendeine Bank, sondern jenes Institut, das Blochers Aufstieg vom Pfarrerssohn zum Milliardär überhaupt erst möglich gemacht hat. Als Blocher in den frühen 1980er Jahren die Ems-Chemie übernehmen wollte, war es die Bankgesellschaft, die ihm einen Millionenkredit gewährte. Wenig später nahm Blocher Einsitz im Verwaltungsrat der Bank. Doch Blocher denkt keineswegs an einen Rücktritt. Er sieht sich vielmehr als Opfer der Führungsetage der Bank, «die Mühe hat mit meiner politischen Unabhängigkeit». Allerdings hat er mit seinem Auftritt in Winterthur einen Grossteil seiner Beziehungen zur wirtschaftlichen Elite des Landes vorerst gekappt.

Doch dies ist dem Politiker Blocher egal. Am 6. Dezember 1992 feiert er den wohl grössten Erfolg seiner politischen Laufbahn. Das Schweizer Volk lehnt den Beitritt zum EWR mit 50,2 Prozent Nein-Stimmen ab. Im Kampf einer gegen alle hat sich Christoph Blocher durchgesetzt.

## Tag der Abrechnung

Zwölf Tage später schlägt das Establishment zurück: Die SBG-Führung beantragt der Generalversammlung die Abwahl Christoph Blochers als Verwaltungsrat. In der Medienmitteilung nimmt die Grossbank explizit Bezug auf die Diffamierung der EWR-Befürworter durch Blochers Auns. Die Abwahl soll am 29. April 1993 erfolgen, anlässlich der GV der SBG 4430 Aktionäre, so viele wie nie zuvor, lockt der «Tag der Abrechnung» ins Zürcher Hallenstadion. Zur Enttäuschung der meisten Anwesenden und zur Erleichterung des Verwaltungsrats erscheint Christoph Blocher entgegen früherer Aussagen nicht im Saal. An seiner Kandidatur hält er jedoch fest, wie

er in einer von VR-Präsident Nikolaus Senn verlesenen Stellungnahme schreibt. Im EWR-Kampf habe er die Befürworter nie beleidigt. Blocher stellt in dem Schreiben grundsätzlich die Frage, ob der Verwaltungsrat einer Bank, der ein politisches Mandat bekleide, nur Sprachrohr der Bank sein dürfe. «Ich lehne eine solche Bevormundung entschieden ab», hält Blocher fest.

Mehrere Aktionäre setzen sich für Blocher ein. Die Diskussion verläuft heftig. Als ein Redner dem Verwaltungsrat vorwirft, er stelle sich wegen der von «10 vor 10» ausgestrahlten Konfrontation zwischen Blocher und Bankchef Studer gegen den SVP-Politiker, platzt Senn der Kragen. Der VR-Präsident unterbricht den Votanten mit den Worten «Jetzt hören Sie endlich auf mit diesem Mist!». Er verlangt eine Redezeitbeschränkung, die vom Plenum angenommen wird, und schickt den Aktionär an seinen Platz zurück. Alle emotionalen Voten nützen nichts. Blocher holt zwar überraschend viele Stimmen, kann sich jedoch gegen die Grossaktionäre nicht durchsetzen.

Seine unzimperlichen Methoden beim Kampf gegen den EWR sind indes nicht der einzige Grund für seinen Rauswurf. Sie sind eher der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Die SBG-Spitze ärgert sich schon länger über die enge wirtschaftliche Verbindung zwischen Christoph Blocher und Martin Ebner, einem anderen Aussenseiter in der Schweizer Wirtschaftswelt. Dieser setzt mit seiner BZ Bank die SBG gerade gewaltig unter Druck. Die Ems war der erste Kunde der BZ Bank, und ausserdem ist Blocher Verwaltungsratspräsident von Ebners Unternehmen Pharma Vision. Doch solche Interessenkonflikte und Mehrfachmandate sind in der verfilzten Schweizer Wirtschaft völlig normal. So hält die Zeitung «Der Bund» denn auch fest: «Gegen jeden Verwaltungsrat liesse sich mit Leichtigkeit ein Argumentarium für ähnliche Vorbehalte zusammenbasteln.» Oder anders gesagt: Der unbehagliche Christoph Blocher war der Grossbank nicht mehr genehm, und es fanden sich sowohl politisch wie auch wirtschaftlich genügend Vorwürfe, um ihn loszuwerden.

## BLICK ZURÜCK

Jede Woche beleuchtet die NZZ ein historisches Ereignis. Die Beiträge der Serie finden Sie auf:

NZZ nzz.ch/schweiz

# Deutscheschweizer Kantone bereit für schärfere Corona-Regeln

Das Ultimatum von Bundesrat Alain Berset zeigt Wirkung – die Vorbereitungen für die Impfung laufen auf Hochtouren

DAVID VONPLON

In den Deutscheschweizer Kantonen stagnieren die Fallzahlen auf hohem Niveau – und vielerorts steigen sie gar wieder. Der Kanton Basel-Landschaft wies am Samstag 34 Prozent mehr Fälle aus als vor einer Woche, im Kanton Basel-Stadt waren die Zahlen gar um 54 Prozent gestiegen. Ebenfalls steigende Zahlen meldeten am Wochenende die Kantone Bern, Zug, Schwyz und Graubünden. Damit droht das Virus ausgerechnet vor Weihnachten mit den Sonntagsverkäufen und den anstehenden Familienfeiern ausser Kontrolle zu geraten.

Am Samstag haben Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga und Gesundheitsminister Alain Berset deshalb die Regierungen von sechs Kantonen per Videoanruf aufgefordert, ihre Massnahmen zur Eindämmung des Coronavirus zu verschärfen. Gespräche führten die beiden Bundesräte mit Regierungsvertretern der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, St. Gallen, Solothurn, Tessin

und Thurgau, wie die «NZZ am Sonntag» berichtet. Das Powerplay der Bundesräte zeigte offenbar Wirkung. «Wir gehen davon aus, dass die besonders betroffenen Kantone in den nächsten Tagen ihre Massnahmen verschärfen werden», erklärte die Gesundheitsdirektorenkonferenz der Kantone (GDK) am Sonntag auf Anfrage. Die Lage sei besorgniserregend. Die Zahlen müssten sinken, damit weitgehende Einschränkungen und eine Überlastung des Gesundheitssystems abgewendet werden können.

Die St. Galler Regierung will am Dienstag über Massnahmen diskutieren und am Mittwoch dann die Öffentlichkeit darüber informieren, wie die «NZZ am Sonntag» berichtet. Ebenfalls hat der Kanton Thurgau vor Anfang Woche weitere Massnahmen zu beschliessen. Bereits vergangene Woche hatte der Kanton Schaffhausen die Massnahmen verschärft. Dort müssen alle Turnhallen, Hallenbäder, Fitnesszentren und Eis-sportanlagen sowie Kinos und Museen schliessen. Veranstaltungen mit mehr

als 15 Personen sind seit Sonntag verboten. Ebenfalls können an privaten Treffen höchstens 10 Personen aus maximal zwei Haushalten teilnehmen. Es ist davon auszugehen, dass sich die säumigen Ostschweizer Kantone an diesem Massnahmenpaket orientieren, wenn sie kommende Woche die Schraube anziehen.

## Kritik am Kanton Zürich

Bundesrat Berset hatte den Kantonen am Freitag ein Ultimatum gestellt. Sollten sie keine schärferen Massnahmen ergreifen, werde die Landesregierung selbst einschreiten, erklärte der Gesundheitsminister. Schon am Dienstag will Berset eine Zwischenbilanz ziehen und dem Bundesrat am Freitag – falls nötig – neue Massnahmen für die ganze Schweiz oder für einzelne Kantone vorschlagen.

Nicht von den Bundesräten Sommaruga und Berset ins Gebet genommen wurde der Kanton Zürich. Im bevölkerungsreichsten Kanton des Landes steigen die Corona-Ansteckungszah-

len allerdings ebenfalls an. Der Zürcher FDP-Ständerat Ruedi Noser übt deshalb Kritik an der Untätigkeit der eigenen Kantonsregierung. «Die Corona-Fallzahlen müssen jetzt auch in der Deutscheschweiz und insbesondere in Zürich gesenkt werden», sagte er gegenüber der «Sonntags-Zeitung». Einfach so weitergehen wie bis anhin könne es nicht mehr. Noser fordert deshalb den Zürcher Regierungsrat auf, dem Druck Berts nachzugeben und zu handeln. Die Zürcher Kantonsregierung will voraussichtlich am Mittwoch über das weitere Vorgehen entscheiden – und dabei die Ankündigungen des Bundesrats in die laufende Lagebeurteilung einfließen lassen.

## Impfstart im Januar geplant

Auf Hochtouren laufen derzeit bei Bund und Kantonen die Vorbereitungen für die Impfung gegen Covid-19. Bereits in den ersten Tagen des neuen Jahres solle es mit 70 000 Impfungen pro Tag losgehen, sagte Virginie Masserey, Lei-

terin Infektionskontrolle beim Bundesamt für Gesundheit (BAG), in einem Interview mit der «NZZ am Sonntag». Die Impfkampagne soll sechs Monate dauern und folglich im Sommer abgeschlossen sein. Das BAG möchte 6 Millionen Menschen impfen – «oder alle, die das wünschen», so Masserey. Die Verteilung des Impfstoffes organisiert jeder Kanton für sich. Beim Start im Januar dürften jedoch nicht alle Kantone bereit sein. In einigen Kantonen ist noch unklar, wo geimpft werden soll, in anderen fehlt noch das Fachpersonal. Vorgesehen ist, dass die Impfungen in einer ersten Phase konzentriert in grossen Zentren stattfinden. Das könnten Turnhallen, Zivilschutzanlagen, Spitäler oder Testzentren sein.

Noch fehlt allerdings die Marktzulassung für den Impfstoff durch Swissmedic. Die Aufsichtsbehörde tausche sich jedoch laufend mit den Kollegen der EU-Zulassungsstelle aus, sagt Masserey. Es geht deshalb keinen Grund, weshalb die Prüfung in der Schweiz «wesentlich länger dauern sollte» als in der EU.